

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Für eine solidarische Gesellschaft!

Während sich die Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt, verlieren weltweit Millionen Frauen und Männer ihre Arbeit, ihre Häuser und ihre Lebensgrundlagen. Weitere zig Millionen Menschen werden sich bald jenen anschließen müssen, die schon jetzt in extremer Armut leben. Durch die Krisen verschlechtert sich die soziale, ökologische, kulturelle und politische Situation der Mehrzahl der Menschen auf diesem Planeten.

Die Reichen sollen zahlen

Wir wollen, dass die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden! Die Milliarden, die heute für die Sanierung des Finanzsektors ausgegeben werden, sollen über neue Abgaben und Steuern und die Kürzung von Sozialausgaben wieder reingeholt werden. Wir werden nicht hinnehmen, dass die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen, Schülerinnen und Studierenden die Zeche zahlen! Genauso wenig darf die Krise auf die Länder des Südens oder die Umwelt abgewälzt werden.

Die Krise heißt Kapitalismus

Der Kapitalismus steckt in seiner tiefsten und umfassendsten Krise seit 1929. Die Beschleunigung des Klimawandels, zunehmende Kriege um den Zugang zu Rohstoffen, Hunger- und Armutskrisen bis zur jetzigen Weltwirtschaftskrise sind die verschiedenen Ausprägungen dieser Krise.

Die Krise der reichen Länder wird auch die armen Länder hart treffen und die Nahrungs-, Klima- und Energiekrise weiter verschärfen. Soziale und ökologische Rechte sollen noch mehr mit Füßen getreten werden. Es ist zu befürchten, dass außerdem verstärkt militärische Mittel eingesetzt werden, um die globalen Herrschaftsverhältnisse zu stützen.

Für was wir demonstrieren:

Schutzschild für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen - statt Sicherung von Banken und Unternehmensprofiten

Dazu gehört ein gesetzlicher Mindestlohn von 10,-- Euro die Stunde. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, bis dahin die Erhöhung der Regelsätze auf 500,--Euro. Weg mit der Rente ab 67 und für eine armutsfeste Rente. Die Profiteure müssen die Kosten der Krise bezahlen, z.B. durch eine Millionärssteuer und durch Einführung einer Vermögenssteuer.

Für eine solidarische Gesellschaft

Dazu gehört, dass zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Rente, nicht nach privaten Gewinninteressen organisiert werden sondern gesellschaftlich und allen Menschen zur Verfügung stehen. Statt Privatisierung wollen wir massive Investitionen in Bildung, Ökologie, öffentliche Infrastruktur, Gesundheit und Soziales. Statt Arbeitslosigkeit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens abgewälzt werden

Dazu gehören die Bekämpfung der Armut, Globale Umverteilung des Reichtums und Geld für solidarische globale Entwicklung. Die Liberalisierung von Finanzmärkten und Handel muss beendet, die Klimakatastrophe muss gestoppt werden.

Ausrichtung von Wirtschaft und Banken nach demokratischen Entscheidungen

Dazu gehören mehr Demokratie in Betrieben, die Vergesellschaftung des privaten Bankensektors und die demokratische Kontrolle über das Finanzsystem. Steueroasen müssen trocken gelegt, Hedgefonds verboten werden.

Auftakt für weitere Proteste und Aktionen

Die Demonstration soll den Auftakt einer Vielzahl von Protesten und Aktionen bilden. Mit einer einzigen Demonstration werden wir unsere Forderungen nicht durchsetzen. Umso wichtiger ist, dass die Demonstrationen in Berlin und Frankfurt einen eindrucksvollen Auftakt bilden.

Krise und Krieg sind Zwillinge.

Über 1 Billion US Dollar werden weltweit in der Rüstung vergeudet. Rüstung bringt hohen Profit und entzieht den staatlichen Kassen Gelder, die dringend für soziale Aufgaben gebraucht werden. Und: Diese kapitalistische Krise erhöht die Gefahr von Kriegen. Am 3. und 4. April wird die NATO in Straßburg und Baden-Baden ihren 60. Jahrestag feiern. Die NATO feiert und wir demonstrieren gegen Krise und Krieg.

Wir zahlen nicht für eure Krise! - Für eine solidarische Gesellschaft!

Samstag | 28. März 2009 | 12 Uhr Demonstration | 14h Kulturprogramm | 15h Abschlusskundgebung
Berlin & Frankfurt am Main

Weitere Protesttermine: Sa., 16.5 Demonstration des DGB u.a. Gewerkschaften gegen die Krise